

Stadtgrün

IN DIESER AUSGABE

GLEICHSTELLUNG

Frauen nach vorn! Seite 2

BILDUNG

Gute Schulen und Kitas Seite 4

AUS DEM BEZIRKSTAG

Mehr Fokus auf die
Heilerziehungspflege Seite 7

LEBENSLANGES LERNEN

Nicht für die Schule, für das Leben
lernen wir Seite 8

JUGENDMITBESTIMMUNG

Fridays for Future - das ganze Jahr -
Mehr Jugendbeteiligung! Seite 10

AUS DEM UMWELTREFERAT

Umweltbildungszentrum Seite 12

AUS DEM BUNDESTAG

Bildungsförderalismus und mehr
Feminismus in der Digitalisierung
Seite 14

AUS DEM LANDTAG

Das Paritätsgesetz Seite 16

AUS DEM LANDTAG

Gesellschaftlicher Spaltung vorbeu-
gen Seite 18

KULTUR

Kreativität erlernen - Kulturelle
Bildung Seite 20

EDITORIAL

Zuhause Leben und Lernen

– von Martina Wild



Bildung ist der Schlüssel zu einem guten Leben und für eine gute Zukunft. Viel zu oft bestimmt heute immer noch die Herkunft eines Kindes über seine Chancen und den späteren Erfolg im Leben.

Wir brauchen die Ideen und die Kraft aller junger Menschen. Jede und jeder soll sich wahrgenommen und dazugehörig, gefordert und unterstützt fühlen. Darum müssen unsere Kitas, Schulen, Jugendeinrichtungen und Orte des lebenslangen Lernens besser werden. Sie sollen allen gleiche Chancen auf ein gutes und selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Eine gute und gerechte Bildung ist das Wichtigste, was wir unseren Kindern und Jugendlichen mit auf den Weg in die Zukunft geben können. Dafür steht die GRÜNE

Bildungspolitik.

Für eine gerechte Gesellschaft ist die Gleichberechtigung von Frauen und Männern eine zentrale Herausforderung. Frauen

brauchen keine Rollenklischees, die sie einschränken und erst recht keine neuen „Frauenfeinde“, die sie zurück an

Bildung und Gleichstellung

den Herd schicken wollen. Wir GRÜNE wollen in einer Stadt zuhause sein, in der Frauen in Führungspositionen sind, in der Frauen für gleichwertige Arbeit gleich bezahlt werden und in der Frauen die gleichen Chancen gewährt werden. Wie wir zu diesen Zielen kommen wollen? Antworten finden sie auf den kommenden Seiten.

Viel Spaß beim Lesen!

Frauen nach vorn!

– von Martina Wild, Fraktionsvorsitzende



Grüne Frauenpolitik kämpft für Selbstbestimmung, Gleichberechtigung und die Hälfte der Macht den Frauen. Wir wollen Chancen, Macht, Geld und Zeit zwischen Frauen und Männern gerecht teilen.

Mehr Frauen in Führungspositionen

Wir wollen aktive und gezielte För-

derung von Frauen bei der Stadt Augsburg. Denn auch in Verwaltung und Unternehmen sind Frauen in Führungspositionen unterrepräsentiert. Geschäftsführungen städtischer Beteiligungen sind männlich dominiert und in der Stadtverwaltung liegt der Anteil von Frauen in der ersten Führungsebene bei 20,3%. Hinzu kommt, dass immer noch überwiegend Frauen in Teilzeit, in befristeten Beschäftigungsverhältnissen sowie in den unteren Lohngruppen arbeiten. Außerdem werden immer noch weniger und niedrigere Leistungsprämien an Frauen vergeben.

Die Stadt hat ein großes Reservoir von Frauen im sog. Mittelbau. Wir müssen diese Frauen gezielt motivieren, damit aus ihnen die Führungskräfte von Morgen werden. Teilzeitmodelle und Homeoffice sind hier

Schlüsselworte, um Flexibilität zu gewährleisten. Es gilt zudem, aktiv weitere Vernetzungsmöglichkeiten für teilzeitwillige Frauen und Männer zu schaffen, um mehr Tandembewerbungen für Führung in Teilzeit zu ermöglichen.

Gezielte Frauenförderung bei der Stadt

Wir wollen Frauen in Führungspositionen in Politik, Verwaltung und Unternehmen bringen – mit Quote, mit Frauenförderkonzepten, aber auch mit Mentoring, Empowerment und Vernetzungen unter Frauen. So werden Frauen Vorbild, können Mentorinnen

sein und auch Anwältinnen für die Interessen der weiblichen Beschäftigten sein. Das schafft einen Kulturwandel in Unternehmen, Verwaltung und Politik, aber auch in der Gesellschaft.

Lohngerechtigkeit schaffen

Wir wollen die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern für gleichwertige Arbeit. Frauen müssen hierzulande im Durchschnitt drei Monate länger arbeiten, um das Jahreseinkommen von Männern einzuholen. In Bayern verdienen Frauen gar 26 % weniger als Männer.

Fataler Grund hierfür ist, dass die Arbeit mit und am Menschen, also die Arbeit, die vorzugsweise von Frauen erbracht wird, geringer

entlohnt wird als die Arbeit in technischen oder naturwissenschaftlichen Berufen. Zudem arbeiten Frauen überwiegend in Teilzeit und in Minijobs und leisten immer noch die unbezahlte Pflege- und Sorgearbeit. In der Konsequenz führt dies dazu, dass Frauen mit Altersarmut zu kämpfen haben. Und in unserer angespannten Wohnsituation in Augsburg haben zum Beispiel Alleinerziehende, auch diese in der Mehrzahl ja Frauen, Probleme damit, adäquaten und preisgünstigen Wohnraum zu finden.

Hier muss sich endlich etwas ändern! Es geht darum, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern, Jobsharing, Homeoffice, Sabbatjahre und Pflegeauszeiten zu erleichtern, die Tarifbindung ausbauen und Entgeltgerechtigkeit herzustellen. Damit gestalten wir eine gute Arbeit und eine gute Zukunft – für Frauen und Männer.

Augsburg stellt gleich!

Der Augsburger Stadtrat hat auf einen grünen Antrag hin 2007 einstimmig die Verankerung von Gender Mainstreaming als Leitbild der Stadt Augsburg beschlossen. Seitdem ist die Gleichstellung von Frauen und Männern

In Bayern verdienen Frauen 26 % weniger

GLEICHSTELLUNG

ein integraler Bestandteil aller Politikbereiche. Ziel ist es dabei, die unterschiedlichen Lebenssituationen, Sichtweisen und Bedarfe von Frauen und Männern bei allen städtischen Vorhaben zu berücksichtigen.

Mit fraktionsübergreifender Unterstützung gelang es im Jahr 2015 nach dem Münchner Vorbild auch in Augsburg eine Gleichstellungskommission einzurichten. Diese bezieht neben den Fraktionen und der Gleichstellungsstelle das Fachwissen von Organisationen, Einrichtungen und Initiativen aus der Stadtgesellschaft mit ein. Die Kommission trägt dazu bei, Geschlechtergerechtigkeit und Geschlechterrollen sachlich zu diskutieren und in der Stadt moderne und zeitgemäße Entscheidungen im Sinne der Chancengleichheit zu treffen.

Die Themenpalette, mit der sich die Kommission bisher beschäftigt hat, ist umfassend: Frauen in Führungspositionen, gendergerechte Sprache in städtischen Veröffentlichungen, niederschwellige Sport- und Bewegungsangebote für Frauen, geschlechtersensible Jugendarbeit oder Einrichtung einer Frauenpension. Denn zu tun gibt es noch viel.

Verbesserung der Situation von Prostituierten

Prostitution ist ein komplexes Thema. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass sich die Situation von Prostituierten in Augsburg verbessert. Auf unsere Initiative hin wurden zwei Teilzeitstellen für niederschwellige auf-

suchende Milieusozialarbeit eingerichtet. Es werden Untersuchungen durch das Gesundheitsamt

angeboten, medizinische und therapeutische Betreuungen vermittelt sowie eine mehrsprachige Informationsbroschüre über Arbeitsbedingungen und Rechtsansprüche herausgegeben. Inzwischen gibt es auch einen "Runden Tisch Aussteigerinnen" und konkrete Maßnahmen zur Unterstützung ausstiegswilliger Frauen. Seit September 2018 wird zudem seitens des Sozialreferats eine Wohnung für Aussteigerinnen zur Verfügung gestellt.

Schutz, Sicherheit und Perspektiven für Frauen

Gewalt gegen Frauen gehört immer noch nicht der Vergangenheit an. Sexistische Bemerkungen, anzügliche Sprüche oder sogar körperliche Belästigungen hat fast jede Frau schon erlebt. Viel zu oft ist aber gerade auch das eigene Zuhause für Frauen ein gefährlicher Ort. Wir setzen uns daher für Schutz und Unterstützung von Gewalt betroffenen Frauen ein. Wir wollen eine angemessene Finanzierung, mehr Plätze und eine bedarfsgerechte personelle Ausstattung der Frauenhäuser. Denn auch in Augsburg sind die Plätze in den Frauenhäusern knapp, der Bedarf ist groß. Und es ist geboten, geeigneten Wohnraum nach dem Aufenthalt im Frauenhaus zur Verfügung zu stellen.

Wir brauchen in Augsburg weitere Wohnprojekte für Frauen mit besonderen Bedarfen. Es war daher der richtige Weg, in Pfersee eine separate Unterkunft für obdachlose Frauen einzurichten. Diese Frauen brauchen nicht nur kurzfristig ein Dach über dem Kopf, sondern Beratung und Betreuung, damit weitere Gefährdungen vermieden und neue Lebensperspektiven entstehen können. Wir halten als nächsten Schritt die Einrichtung einer Frauenpension mit Einzelzimmern und damit einem privaten Rückzugsort als sinnvoll und notwendig.

Richtig war es zudem, eine Unterkunft für geflüchtete Frauen und deren Kinder einzurichten. Denn Frauen und Mädchen flüchten nicht nur aus Kriegsgebieten und vor der Verfolgung aus politischen, ethnischen oder religiösen Gründen, sondern darüber hinaus auch vor geschlechtsspezifischer und sexualisierter Gewalt. Geflüchtete Frauen brauchen einen eigenen Ort der Ruhe und Sicherheit sowie eine gute und angemessene Hilfestellung und Betreuung. Zudem müssen alle Unterkünfte so gestaltet sein, dass Frauen und Mädchen sich dort sicher und geschützt fühlen können.

Niederschwellige Milieusozialarbeit für Prostituierte



Gleichstellungskommission - ein GRÜNES Projekt

Geflüchtete Frauen brauchen einen eigenen Ort

Gute Kitas und Schulen

– von Martina Wild und Verena von Mutius

Alle Kinder und Jugendlichen sollen gerechte Startchancen bekommen. Das ist die Voraussetzung, um ihnen einen guten Start ins Leben und Teilhabe in unserer Gesellschaft zu ermöglichen sowie Bildungsarmut zu verhindern. Kinder brauchen hierfür in Kitas, Schulen, Familienstützpunkten und Jugendtreffs gute Bedingungen: gute

Betreuung bis in den Nachmittag, gut ausgebildete Pädagog*innen, funktionierende Gebäude und moderne Ausstattung. Denn eine gerechte Gesellschaft braucht gute Bildung für Alle.

FAMILIENZENTRUM PETER UND PAUL

Das Familienzentrum Peter & Paul besteht aus einer integrativen Kita mit Hort, Kindergarten und Kinderkrippe sowie dem Familienstützpunkt. Es ist Kontakt- und Anlaufstelle und ein Ort der Begegnung, an dem Kinder und Familien aus allen Kulturen zusammenkommen. Durch vielfältige Bildungsangebote werden Kinder und Familien gestärkt und unterstützt.

Steigender Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen

Auch in Augsburg fehlen immer noch zahlreiche Krippen-, Kindergarten- und Hortplätze. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Augsburg ist attraktiv und erlebt einen Zuzug, die Geburten nehmen zu, der Bedarf nach längeren Betreuungszeiten und nach der Vereinbarkeit von Beruf und Familie

steigt kontinuierlich an, hinzu kommen die neue Einschulungsregelung des Freistaates und die Rechtsansprüche auf Betreuung bei Kindergarten- und Schulkindern.

Deshalb wurde bei der Stadt

Augsburg eine Task Force eingerichtet, deren Aufgabe es ist, weitere Platzkapazitäten zu schaffen - von Neubauten über Erweiterungen bis zu Modul- und Containerbauten. Weitere Plätze werden zudem in der Großtaupflege geschaffen.

Die vergangenen Jahre haben aber auf jeden Fall deutlich gezeigt, dass eine kontinuierliche Überprüfung und Anpassung des

Bedarfs und der Ausbauziele erforderlich ist. Wir GRÜNE wollen daher ein kontinuierliches Monitoring System

einführen und wie in anderen Kommunen die Bedarfsplanung jährlich fortschreiben. Des Weiteren fordern wir die Einrichtung einer zentralen Anmeldeplattform für Kita-Plätze in Augsburg.

In Augsburg fehlen zahlreiche Krippen-, Kindergarten- und Hortplätze

Gute Kinderbetreuung

Kindertagesstätten sind wichtige Bildungs- und Betreuungseinrichtungen. Für uns haben daher eine kindgerechte Betreuung, kleinere Gruppen, mehr Erzieher*innen in den Kitas, eine weitere Pädagogische Qualitätsbegleitung der Kitas sowie flexible und ausreichend lange Öffnungszeiten Priorität.

Aus unserer Sicht ist in den Kitas gerade die Zeit, die Fachkräfte für die Kinder haben, entscheidend dafür, dass sich Kinder wohlfühlen und individuell gefördert werden können.

Im Mittelpunkt stehen zudem

qualifizierte, zufriedene und ihrer verantwortungsvollen Arbeit entsprechend gut bezahlte Fachkräfte. Notwendig ist es dabei, gerade auch die Arbeitsbedingung für die Erzieher*innen zu verbessern und die Zeit für die



Alle Kinder sollen gerechte Startchancen bekommen

kindgerechte Betreuung, kleinere Gruppen, mehr Erzieher*innen

Statt stinkender Toiletten brauchen unsere Kinder ein modernes Bildungsumfeld

vielfältigen alltäglichen Arbeiten wie Sprachstandserhebung, Leitungsaufgaben sowie Elterngespräche entsprechend anzuerkennen. Auch müssen die

Erzieher*innen, zum Beispiel im Umgang mit traumatisierten Kindern oder in der Sprachförderung, kontinuierlich aus- und weitergebildet werden.

ZWergenhaus INNINGEN

Beim Zwergenhaus in Inningen wird zum Beispiel auf einer Dachterrasse nun ein zusätzlicher Raum für eine neue Kindergartengruppe mit 25 Plätzen geschaffen. Ein größerer Neubau einer Kita entsteht an der Schwimmschulstraße. Hier baut die Stadt aktuell eine 3-stöckige Kita in Holzbauweise für zwölf Krippen-, 100 Kindergarten- und 25 Hortkinder.

Wir GRÜNE wollen eine gute frühkindliche Bildung. Wir wollen daher eine Qualitäts-offensive in unseren Kitas - zugunsten der Kinder, der Familien und der Mitarbeiter*innen. Vor Kostenfreiheit stehen dabei für uns an erster Stelle der Ausbau der Kitas und eine bessere Qualität.

Qualifiziertes Personal gewinnen

Angesichts der hohen Nachfrage nach qualifiziertem Personal, stehen die Träger der Betreuungseinrichtungen in einem Konkurrenzkampf um das Personal. Inzwischen gibt es aufgrund GRÜNER Initiativen bei der Stadt Augsburg ein Konzept, wie Menschen für die Arbeit im Bereich der städtischen Kinderbetreuung gewonnen und gehalten werden können. Hierzu zählen verschiedene Maßnahmen: Es soll eine städtische Fachakademie für die Ausbildung von Erzieher*innen eingerichtet werden, Unterstützung gibt es bei Qualifizierung und Wiedereinstieg und ebenfalls Hilfe bei der Wohnungs-

suche. So hat die Stadt inzwischen fünf Appartements angemietet, die an Mitarbeiter*innen in der Kinderbetreuung für einen gewissen Zeitraum untervermietet werden. Um Fachkräfte zu gewinnen, wurde die praxisoptimierte Ausbildung und auch ein Assistenzkräftemodell für Quereinsteiger*innen auf den Weg gebracht. Hinzu kommen Aktivitäten gezielter Personalakquise.

Schulen fit machen

Wir GRÜNE wollen unsere Augsburger Schulen für die Zukunft fit machen und ihre Lern- und Aufenthaltsqualität verbessern. Denn unsere 70 Schulen müssen aufgrund sich ändernder Anforderungen wie Inklusion, Heterogenität, Ausbau von Ganztagsbildung sowie Digitalisierung weiterentwickelt werden. Klar ist zudem: statt stinkender Toiletten, Schimmel und geschlossenen Turnhallen brauchen unsere Kinder und Jugendlichen ein gutes und modernes Bildungsumfeld. 2014 wurde deshalb ein Programm zur Ertüchtigung der Augsburger Schulen mit einem Volumen von 300 Millionen € bis 2030 beschlossen. Das kann aber nur der Anfang sein, weitere Mittel sind nötig, um Schulen zu sanieren und neu zu bauen. Wir GRÜNE wollen hierfür auch eine adäquatere Schulbaustruktur mit mehr Personal sowie eine kommunale Schulbaurichtlinie. Wir wollen Architektur und Pädagogik in Einklang bringen und die Schulfamilie als

SCHULE IN DER WERKSTATT IM SOZIALRAUM NORD-WEST

Die Schule in der Werkstatt ist ein gemeinsames Projekt von Schule und Jugendhilfe. Lehrer*innen und Sozialpädagog*innen arbeiten Hand in Hand, um Jugendliche mit schulverweigerndem Verhalten zu unterstützen, wieder in den geregelten Schulunterricht und zu einem Abschluss zurückzufinden. Die Schüler*innen der 7., 8. oder 9. Jahrgangsstufe stammen aus 11 Volksschulen und einer Förderschule im Nord-Westen von Augsburg.



THEATERPÄDAGOGISCHES ZENTRUM

Das Theaterpädagogische Zentrum des Jungen Theaters realisiert in Augsburg Theater mit Schüler*innen. Es geht dabei um in den Schulalltag integrierte und an der Schulpraxis orientierte Kreativ- und Präventionsangebote für Schulen. Beispiele der Projekte sind "KRASS - Hauptsache Radikal", das Impulstheaterstück "MOBB STOPP" und "PIT - Prävention im Team".

Expert*innen vor Ort rechtzeitig in den jeweiligen Planungsprozess einbeziehen.

Schulen als Lebens- und Lernraum entwickeln und Bildungsakteure vernetzen

Kommunale Bildungslandschaft vielfältig, offen und vernetzt gestalten

Wir GRÜNE haben den Anspruch, unsere Augsburger Bildungsland-

schaft zu gestalten: Schulen als Lebens- und Lernraum zu entwickeln, Bildungsakteure zu vernetzen, Schulen und ihre Pausenhöfe ins Quartier und zu Trägern hin zu öffnen. Denn Bildung ist mehr als Schule. Gute Beispiele sind die in Kitas und Grundschulen aktiven Stadtteilmütter, "Bildung Löwenstark" (Jugendstützpunkt, Elterncafe und Bürgerwerkstatt an der Löweneckschule) und die Freizeitsportanlage OASE. Das Projekt "Augsburger Bildung gemeinsam verantworten" und das Bildungsbüro weisen hierfür den Weg, der aus unserer Sicht aber konsequenter zu beschreiten und um eine integrierte Bildungsentwicklungsplanung zu ergänzen ist.

Gute Ganztagesbildung schaffen

Ganztags ist für uns GRÜNE mehr als die reine Betreuung von Kindern und Jugendlichen. Dazu

gehören auch Jugendarbeit, Schulsozialarbeit, Digitalisierung, Sprachförderung, Präventionsangebote, Inklusion, interkulturelle und kulturelle Aktivitäten, Beteiligungsmöglichkeiten und Umweltbildung wie auch Elternarbeit und Familienbildung. Gute Bildungsorte profitieren von diesem umfassenden Bildungsverständnis. Wir GRÜNE wollen eine Qualitätsoffensive für unsere Schulen. Wir wollen eine qualitative Rahmenplanung für die Ganztagsangebote und Schulkindbetreuung.

Bildung in den Stadtteilen stärken

Wir GRÜNE wollen Kitas, Schulen und Jugendtreffs in benachteiligten Stadtquartieren

mit mehr pädagogischem Personal und mehr Mitteln ausstatten, damit individuelle Förderung gelingt und mehr Bildungsgerechtigkeit entsteht. Nötig hierfür ist eine am Bedarf orientierte Förderung dieser Bildungsorte. Wir sorgen dafür, dass die Unterstützung dort ankommt, wo sie besonders gebraucht wird.

LECKERES UND GESUNDES ESSEN IN KITAS UND SCHULE

Mit den längeren Bildungs- und Betreuungszeiten in Kita und Schule rückt auch das Essen in diesen Bildungsorten in den Fokus. Denn hier kann Ernährung „erschmeckt“ und „erlernt“ werden und ein Bewusstsein für gesundes Essen geschaffen werden, für die Herkunft und Produktion der Lebensmittel und für die Auswirkungen unseres Essverhaltens auch auf Klima und Umwelt.

Bereits im Jahr 2007 hat der Stadtrat auf GRÜNE Initiative hin einen Grundsatzbeschluss zum Thema „Biostadt Augsburg“ gefasst. Ziel dessen ist es, in städtischen Einrichtungen, wie z.B. in Kindertagesstätten und Schulen, den Anteil an Bio-Lebensmitteln auf 30% zu erhöhen und verstärkt saisonale und regionale Lebensmittel zu verwenden.

Wir GRÜNE haben regelmäßig nach dem aktuellen Sachstand gefragt und Fortschritte eingefordert. Mittlerweile gibt im Kita-Bereich durchaus Weiterentwicklungen: Der Gesamt-Bio-Anteil aller städtischen Kitas erhöhte sich von 10 % (in 2015) auf 23 % (in 2018). Ernüchternd ist dagegen die Verpflegungssituation an Schulen: Die drei großen Caterer, die 62% der Schulen in Augsburg versorgen, verwenden gar keine oder nur punktuell Bio-Produkte. Die kleineren Caterer haben von zwischen 10% und 20% Bio-Lebensmittel im Einsatz. Damit ist das Ziel von 30% Bio-Lebensmittel auch nach 11 Jahren noch in weiter Ferne. Deshalb fordern wir, dass bei zukünftigen Ausschreibung das gewünschte Speisenangebot mit Hinweis auf die vom Stadtrat gewünschten Qualitätskriterien aufgenommen werden, so wie dies beispielsweise in München erfolgreich praktiziert wird.

Mehr Fokus auf die Heilerziehungspflege!

– Fraktionsvorsitzende Bezirkstag Heidi Terpoorten



Es entsteht eine gemeinsame, generalisierte Grundausbildung für die Altenhilfe sowie die Gesundheits- und Kinderkrankenpflege. Vorteilhaft empfinde ich, dass durch diese Verän-

derung in der Pflegeausbildung Pflegefachkräfte zukünftig vielseitig einsetzbar sind. Aber löst das die tatsächlichen Probleme in der Pflege? Bestimmte Aufgaben werden zukünftig ausschließlich die in der Generalistik ausgebildeten Pflegefachkräfte erledigen dürfen; in sogenannten Vorbehaltsaufgaben. Die klassische Altenpflege wird deutlich abgewertet.

Heilerziehungspflege bleibt auf der Strecke?!

Doch meine große Kritik an der sogenannten Generalistik ist, dass ein weiterer „Schnittstellenberuf“, die Heilerziehungspflege, in keinsten Weise berücksichtigt wird. Sogenannte Heilerziehungspfleger*innen (HEPs) sind sozialpädagogisch und pflegerisch ausgebildete Fachkräfte für die Bera-

gen für Menschen mit Behinderung, gelten in der Altenhilfe nicht als Fachkraft. Für mich eine nicht länger hinnehmbare Ungleichbehandlung. Die gegenseitige Anerkennung als Fachkraft ist lange überfällig.

Mögliche Entwicklungen der Heilerziehungspflege

Menschen mit Behinderung, die im Senior*innenalter bis hin zum Hochbetagtenalter Assistenz zur Teilhabe benötigen, sind beispielsweise auf dieses Fachwissen angewiesen. Viele Menschen in diesem Alter wollen in ihrem bisherigen Wohn- und Lebensumfeld bleiben und eben nicht umziehen müssen in eine Pflegeabteilung. Das geht Menschen mit Behinderung oder anderen Beeinträchtigungen, nicht anders als dem Rest der Bevölkerung. Immer wieder geht es um die sogenannte Teilhabefähigkeit. Teilhabe an was? Am Leben in der Gemeinschaft, der Gesellschaft, im Alltag. Hier muss im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes noch vielfältigst diskutiert werden.

Alle profitieren

Ebenso profitieren schwer mehrfachbehinderte Menschen, auch mit psychischen Erkrankungen vom Wissen aus der Heilerziehungspflege und der Altenpflege.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft HEP fordert daher auch eine Umbenennung der Berufsbezeichnung in Fachkraft für Teilhabe und Pflege (TEP). Klingt vielleicht ein bisschen sperrig, trifft jedoch die dahinterstehende Absicht sehr gut.

Heilerziehungspfleger*innen sind in meinen Augen die erforderlichen Fachkräfte, um Teilhabe, Selbstbestimmung sowie Inklusion für alle Menschen zu ermöglichen.

Doch ich meine, dieser Beruf der Heilerziehungspflege, bietet so viele Möglichkeiten, dass das Maß an Aus- und Weiterbildung noch lange nicht ausgeschöpft ist. Die Einsatzmöglichkeiten für Frauen und Männer in diesem Arbeitsfeld sind so vielfältig, dass diese Berufswahl für viele Menschen eine sehr erfüllende und langjährige Perspektive sein kann.

Teilhabe, Selbstbestimmung und Inklusion ermöglichen

tung, Assistenz und Pflege von Menschen mit Beeinträchtigungen in allen Altersstufen.

Sie sind anerkannte pflegerische Fachkräfte in der sogenannten Eingliederungshilfe/ sprich der Behindertenhilfe, jedoch keine Pflegefachkräfte. Ebenso sind zwar Altenpfleger*innen bisher als Fachkräfte in der Eingliederungshilfe anerkannt; umgekehrt gilt dies leider nicht. Heilerziehungspfleger*innen, die eben spezielle Kenntnisse mitbrin-

Nicht für die Schule, für das Leben lernen wir

– von Antje Seubert und Dr. Pia Haertinger

„Lebenslanges Lernen“ meint Menschen zu befähigen, sich über ihre Lebensspanne hinweg weiterzubilden, sich für Neues zu interessieren und sich aktiv einzubringen. Menschen erlangen durch ihre Offenheit,

persönlichen, ihren Begabun-

Lernen im Ehrenamt, das Bündnis für Augsburg

gen entsprechenden Entwicklungen zu ermöglichen seien sie beruflich oder privat. Freiwilliges und ehrenamtliches Engagement ist so gesehen Lernen.

Denn es ist klar, Lernen findet nicht nur an formellen Orten der Bildungsvermittlung sondern auch in Bürgerzentren, Mehrgenerationenhäusern, interkulturellen Gärten, offenen Werkstätten, Repaircafés etc. statt.

Aber man kann den Raum noch weiter öffnen und die Stadt mit ihren unzähligen Möglichkeiten als Raum der Begegnung für Experimentierfreude und Kreativität begreifen. So wie das Grand Hotel Cosmopolis als soziales und künstlerisches Projekt. Hier wurde ein Ort geschaffen, der auf beeindruckende Weise zeigt, was Lernen jenseits aller Bildungskanons bedeutet.

Weiterbildung im Berufsleben

Im Berufsleben endet der Bildungsweg schon lange nicht mehr mit der Ausbildung oder dem Studium. Auch nach der Ausbildung behalten Menschen ihr Recht auf Bildung bzw. müssen sich weiterbilden. Weiterbildungsangebote sind für die Wissensgesellschaft im Informationszeitalter unverzichtbar.

Die Stadt Augsburg bietet ein umfassendes Fort- und Weiterbildungsangebot und unterstützt somit das Lernen ihrer Mitarbeiter*innen. Die städtische Altenhilfe brachte in Kooperation mit dem Büro für Migration eine interkulturelle Schulung für neue Mitarbeiter*innen und Interessierte auf den Weg. Dies halten wir in Zeiten des Fachkräftemangels und der immer drängenderen Situation in der Pflege für eine hervorragende Maßnahme.

Gleiches gilt für die Schulung der Verwaltungsmitarbeiter*innen in Fragen des interkulturellen Miteinanders. Die Sensibilisierung für die Anliegen von Bürger*innen

INTERKULTURELLE GÄRTEN - GROW UP

Voneinander, miteinander, generationsübergreifend lernen

Kleine Gartengrundstücke werden für den Gemüse- und Blumenanbau an Interessierte aus dem Stadtteil und darüber hinaus weitergegeben. Durch die vielkulturelle Gesellschaftsstruktur der Stadt mischen sich Erfahrungen aus unterschiedlichen Kulturen mit generationenübergreifendem Wissen. Die Menschen lernen voneinander, miteinander. Die Beete, die von den Parzellengärtner*innen nach eigenen Vorstellungen bearbeitet werden, sind weder auf eine Form, auf Anbauweisen oder Pflanzensorten festgelegt. Einzig verbindende Elemente sind das Prinzip des ökologischen Landbaus und die Mitwirkung an Gemeinschaftsaktionen zur Gartengestaltung. (Quelle Grow Up)



Neues zu lernen Teilhabe an ihrem Umfeld, erfahren Freude in der Erweiterung ihres Wissensschatzes, in der Anerkennung ihrer Fähigkeiten und der Weitergabe ihres Wissens. Laut der UNESCO hat lebenslanges Lernen

zum Ziel, Menschen zur Bewältigung ihrer Lebensherausforderungen zu befähigen und das möglichst

selbstbestimmt. Es geht um die Förderung selbstbewussten und kreativen Handelns im Unterschied zu formalisiertem Lernen in der

Schule und anderen Bildungseinrichtungen. Es geht also um ein menschliches Grundbedürfnis.

Lernen so verstanden trägt dazu bei, den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken, Bildungsteilhabe zu erhöhen, Ausgrenzung zu vermeiden und den Menschen Chancen zur

Lernen ein Leben lang: selbstbestimmt, kreativ neugierig

anderer Kulturkreise und deren angemessene Umsetzung in Behördenhandeln ist nicht hoch genug einzuschätzen – und zwar für beide Seiten. Einander verstehen und Hürden der Kommunikation zu meistern tut allen gut. Zugleich können solche Schulungen das Bewusstsein für die Notwendigkeit von mehr Kolleg*innen ausländischer Herkunft schärfen.

Im letzten STADTGRÜN widmeten wir uns dem Thema „Digitalisierung“. Mit der Bewerbung für das Bundesprogramm „Modellprojekte Smart Cities: Stadtentwicklung und Digitalisierung“ geht Augsburg weiter auf dem Weg des digitalen Wandels, der nach einhelliger Meinung für uns alle die umwälzendste Veränderung seit der industriellen

Senior*innen mit Migrationsgeschichte stärker einbinden

Revolution darstellt. Um diesen Wandel bei der Stadt fundiert zu gestalten, ist es neben den technischen Veränderungen unabdingbar, alle mitzunehmen und zu befähigen, den neuen Anforderungen gewachsen zu sein. Lebenslanges Lernen und berufliche Weiterbildung gehen hier Hand in Hand.

Stadt der aktiven Senior*innen

Ihr „Wissens- und Erfahrungstank“ ist ein wichtiger Motor für unser Gemeinwesen. Für die Gruppe der über 65-Jährigen bedeutet Lebenslanges Lernen in aller Regel den Erhalt eines persönlich und sozial befriedigenden Lebens. Sie möchten auch nach ihrer aktiven Zeit im Beruf lernen oder Wissen weitergeben. Augsburg bietet hier ein breites Spektrum an Möglichkeiten und Angeboten vom klassischen vhs Kurs, über das Mitmachen beim Freiwilligenzentrum, den Projekten vom Bündnis für Augsburg, in den Stadtteilzentren, Mehrgenerationen Treffs, Initiativen wie dem „Lebensraum Schwa-

**Informelle Lernorte:
Lebensraum Schwabencenter, Grandhotel Cosmopolis, MGT`s, Interkulturelle Gärten.**

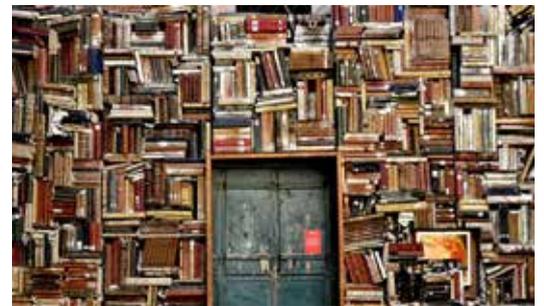
bencenter“ oder einem der vielen Fachforen der Lokalen Agenda.

Lebenslanges Lernen darf aber nicht nur etwas für gut situierte Best-Ager sein. Uns ist es ein Anliegen, dass auch Senior*innen mit niedrigen Renten die Chance haben sich zu bilden, zu lernen und das eigene Wissen weiterzugeben.

Im Stadtteil Herrenbach gibt es mit dem „Wohnzimmer im Schwabencenter“ einen Anlaufpunkt um Menschen in ihrer direkten Umgebung anzusprechen, zu motivieren und „abzuholen“. Im „Wohnzimmer“ wie anderswo auch, ist es wichtig die Älteren mittels passender Lernangebote bei der Digitalisierung mitzunehmen.

Unseres Erachtens treten Senior*innen mit Migrationsgeschichte als Wissensvermittler noch zu wenig in Erscheinung. Dementsprechend wissen wir noch wenig über ihre Vorstellungen vom „Lebenslangen Lernen“. Wir wünschen uns sehr, dass sie ihren „Wissens- und Erfahrungstank“ noch stärker einbringen. Damit wir hier miteinander ins Gespräch kommen, ist der städtische Integrationsbeirat unser Ansprechpartner.

Augsburg Stadt der aktiven Senior*innen



INTERKULTURELLE AKADEMIE

Verschiedene Partner*innen bringen Ihren jeweiligen Input mit

Die Partner der Akademie, Kulturhaus Kresslesmühle, Volkshochschule Augsburg und Mesopotamien Verein, haben in der Vergangenheit eine Vielzahl an Diskussionsrunden, Podiumsdiskussionen und Fachtagungen zu interkulturellen Themen angeboten. Mit dem Wandel der Kresslesmühle hat sich die Interkulturelle Akademie ebenfalls neu aufgestellt. Das Format sticht heraus, da es unterschiedliche Kooperationspartner*innen vereint und dadurch verschiedene Blickwinkel betrachtet.

Fridays for Future das ganze Jahr - mehr Jugendbeteiligung!

Interview mit Verena von Mutius

VERENA, FREITAGS GEHEN AUCH IN AUGSBURG DIE „FRIDAYS FOR FUTURE“ KINDER UND JUGENDLICHE AUF DIE STRASSE. DU BIST 2008 ALS JÜNGSTE STADTRÄTIN DER AUGSBURGER GESCHICHTE 2008 MIT 20 IN DEN AUGSBURGER STADTRAT EINGEZOGEN. HAT DIE JUNGE GENERATION EINE STIMME IM STADTRAT

Leider viel zu wenig. Es ist wichtig, dass junge Menschen im Augsburger Stadtrat

„Beim Einstieg war ich das jüngste Stadtratsmitglied ever“

sitzen. Mit der nächsten Kommunalwahl muss eine neue junge Menschen in den Stadtrat einziehen.

Mit 31 Jahren bin ich zwar immer noch jung, aber die nachfolgende Generation braucht Vertreter*innen im Stadtrat. Entscheidend ist aber vor allem, dass die Augsburger Stadtverwaltung ein Beteiligungsverfahren für Kinder und Jugendliche in Augsburg entwickelt.

Erstens dürfen viele Kinder und Jugendliche leider noch gar nicht wählen auch wenn wir uns auf Landes- und Bundesebene noch so intensiv für eine Senkung des Wahlalters einsetzen. Zweitens müssen auch andere Beteiligungsverfahren von der Stadtverwaltung speziell für junge Menschen gefunden werden, denn junge Augsburger*innen sind selten auf einer Bürger*innenversammlung Und wenn stellt sich die Frage, ob sie dort genauso ernst genommen werden, wie vielleicht der 60-jährige Bürger aus Pfersee. Manche vor allem die „Fridays for Future“ Leute werden dies versuchen, aber



der Großteil der Jugendlichen kann über Beteiligungsprozesse erstmal lernen, wie das

System
funktio

niert und Vertrauen fassen, dass sich Engagement für unsere Gesellschaft lohnt.

WAS STELLST DU DIR VOR, WENN DU VON BETEILIGUNGSVERFAHREN FÜR JUNGE AUGSBURGER*INNEN REDEST?

Es gibt schon verschiedene Aktionen und Maßnahmen für die Beteiligung der jungen Augsburger*innen. Der Stadtjugendring (SJR) hat mit dem Projekt „Mach`s einfach“ zur Kommunalwahl 2014 die Anliegen der jungen Augsburger*innen für die Kommunalwahl formuliert. Die Stadtschüler*innen-Vertretung bündelt Interessen von Schüler*innen und beim „Lernort Rathaus“ können vor allem Grundschüler*innen etwas über die Stadtratsarbeit lernen. Wichtig ist jedoch

„Verena
Jugendliche auf
Bürgerversammlungen
gleich ernst
genommen?“

die Bündelung dieser Aktivitäten zu einem Beteiligungskonzept. Es gibt nicht „das eine Projekt“, welches umgesetzt werden soll. Ein Bündel aus Maßnahmen ist nötig. Junge Menschen müssen mit Hilfe von Angeboten mitgenommen werden. Gemeinsam muss aufgezeigt werden, wie sie sich in die Gesellschaft einbringen können. Dafür sind Aktionen wie die U18 Wahlen super. Aber auch Online-Formate wie z.B. eine Online-Jugendbefragung muss verfolgt werden. Ganz wichtig ist jedoch, dass Partizipation meist kleinräumlich anfängt und sich Jugendliche z.B. in ihrem Stadtteil eine Tischtennisplatte oder eine Skateranlage wünschen. Deswegen finde ich den Vorschlag des SJR gut Partizi-

pationsmanger*innen in den Sozialregionen einzuführen, die als Bindeglied zwischen jungen Menschen und der städtischen Verwaltung agieren und einzelne Maßnahmen koordinieren können.

IST DER KLIMASCHUTZ DAS THEMA DER JUNGEN GENERATION ODER INTERESSIEREN SICH DIE JUNGEN AUGSBURGER*INNEN AUCH FÜR THEMEN WIE DIE SCHAFFUNG VON WOHNRAUM?

Gerade beim Thema Stadtentwicklung müssen die jungen Augsburg*innen dabei sein. Ich freue mich, dass zwei Jugendliche im Preisgericht für die Planung von Haunstetten-Südwest dabei sein können. Wichtig ist, dass die Stadtverwaltung die grundsätzliche Notwendigkeit der Beteiligung junger Menschen erkennt und diese als Expert*innen wahrnimmt. Neben der Stadtentwicklung müssen die jungen Augsburg*innen vor allem auch bei der Schulentwicklung und der Schulsanierung stärker beteiligt werden. Schüler*innen wissen genau, was für Anforderungen an ein Schulhaus zu stellen sind. Bei dem Modellprojekt AK Schulbau vom Holbein hat dies super geklappt. Dort haben sich die Schüler*innen, die Eltern und die Lehrer*innen intensiv mit der Frage beschäftigt, wie Architektur und Pädagogik zusammengebracht werden können. Solche Beteiligungsprozesse brauchen wir flächendeckend

DIE STADT INVESTIERT NEBEN DER SANIERUNG DER AUGSBURGER SCHULEN IN DIESER LEGISLATURPERIODE ENDLICH AUCH IN DIE SANIERUNG DER JUGENDHÄUSER. WARUM IST ES WICHTIG, DASS DIESE RÄUME ERHALTEN UND AUSGEBAUT WERDEN?

Die Jugendhäuser und andere feste Anlaufpunkte des SJR wie die Oase -Freizeitfläche sind ein wichtiger Bestandteil der städtischen Arbeit mit Jugendlichen, die vom SJR geleistet wird. Die Jugendhäuser stehen

„Jugendhäuser wirken präventiv und sind wichtige Freizeitflächen“

den jungen Augsburg*innen nicht nur als Räume zur Verfügung, sondern gerade die sozialpädagogische Arbeit, die der SJR in den Einrichtungen leistet, ist besonders wichtig und die Jugendhäuser wirken durch die Freizeitpädagogik, die sie anbieten, vor allem

auch präventiv.

ES WIRD IMMER WIEDER BEHAUPTET, DASS GERADE JUNGE MÄNNER DIE ARBEIT VON GLEICHSTELLUNGS- ODER GENDERBEAUFTRAGTEN NICHT MEHR FÜR NÖTIG HALTEN. WAS IST DEIN EINDRUCK?

(Lacht). Also bei unserer GRÜNEN Jugend hab ich da gar keine Angst, wenn die am Freitagabend vor der Europawahl einen Feminist Fight Club

„Das Modular macht Lust auf Mitgestaltung“

machen und bei den OB-Foren die gendgerechte Sprache tracken. Aber ja, wir müssen uns überlegen, wie wir diese Notwendigkeit in der nächsten Generation vermitteln. Ein gutes Beispiel ist das Projekt „Kerle“, welches junge männliche Geflüchtete als Zielgruppe hat. „Kerle“ ist die Abkürzung für „Kontaktaufnahme erlernen“. In Workshops vermittelt der Verein, der sich vor allem um Kinder- und Jugendkriminalprävention kümmert, nicht nur eine Orientierung wie ein erstes Gespräch laufen könnte. Es wird auch klar gemacht, wie hier die Stellung der Frauen ist und das Nein auch Nein heißt.

UNSER STADTGRÜN WIRD UM DAS MODULARFESTIVAL ERSCHEINEN. WARUM IST DAS MODULARFESTIVAL SO BESONDERS UND WAS WIRD DEIN HIGHLIGHT BEIM FESTIVAL SEIN?

Das Modularfestival ist ein nachhaltiges Festival, dass vor allem ein Lernprojekt von jungen Augsburg*innen und ein Ort der kulturellen Bildung ist. Neben dem Musikprogramm gibt es ein vielfältiges Mitmachangebot für die Augsburg*innen. Die Planung erfolgt durch die jungen Augsburg*innen selbst. Es ist ein Projekt, das Lust und Laune auf Kultur und Mitgestaltung macht. Über 400 Jugendliche wirken beim Modular mit. Außerdem hat es mit seinem Nachhaltigkeitskonzept Maßstäbe für die Gestaltung nachhaltiger Festivals gesetzt, angefangen vom Einweggeschirr, dem Ziel der Müllvermeidung, den lokalen Betrieben, die präsent sind oder durch die Verwendung von lokalem Strom. Mein Highlight ist da jedes Jahr die Atmosphäre und ich bin gespannt, wie es sich auf dem Gaswerk entwickelt.



Umweltbildungszentrum Augsburg

– von Reiner Erben



Nachhaltigkeit muss lokal verankert sein

ort sein von Umweltbildung bzw. Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) und der darin aktiven Vereine und Organisationen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Themen im Umweltschutz, wie Klimawandel, Insektensterben oder Landverbrauch, brauchen wir als Umweltstadt eine solche Institution, die das Bewusstsein für die Bedeutung intakter Landschaften schärft.

Ökologischer Fußabdruck so gering wie möglich

Wesentlicher Bestandteil des Projektes „Umweltbildungszentrum“ ist die Internalisierung – also die Einbeziehung aller Kosten – der Umweltkosten bereits in der Planungsphase, um den ökologischen Fußabdruck des Bauvorhabens möglichst klein zu halten. Die verwendeten Materialien sind in allen Belangen nach Umweltschutz- und Nachhaltigkeitskriterien ausgewählt worden. Auch der Bezug der Materialien wird, soweit es geht, regional erfolgen. So werden z.B. im Inneren des Gebäudes klimafreundliche Lehmwände verbaut. Die Böden sind zum Teil aus Lehm (Foyer) und aus Holz (Büros). Nur im Sani-

Kristallisationsort von Umweltbildung und Bildung für Nachhaltige Entwicklung

Auf dem Betriebsgelände des Botanischen Gartens entsteht ab 2019 ein neues Umweltbildungszentrum (UBZ). Voraussichtlich im Herbst werden die Bauarbeiten beginnen. Das UBZ wird das Zuhause für die Umweltstation Augsburg, die bisher kein eigenes Gebäude hat. Das UBZ wird aber auch der Kristallisations-

tärbereich wird mit Fliesen gearbeitet. Des Weiteren wird auch in vielen Details darauf geachtet, ökologische Gesichtspunkte zu beachten, wie z.B. bei der Dämmung und dem Bodenbelag in den Außenanlagen.

Von außen fällt das eingeschossige Gebäude durch eine schlichte, rechteckige Form in Holzbauweise auf. Im Innen-

raum entsteht durch organisch geschwungene Lehmstampfwände ein attraktives Foyer, das das Gebäude in drei Raumkomplexe aufteilt. Das Zentrum steht für die wilde, dynamische Natur. Die Fassade symbolisiert den Rahmen, den wir Menschen der Natur setzen. Damit skizziert der Gebäudegrundriss perfekt eine der grundsätzlichen Fragestellungen, mit der wir uns in unserer Umweltbildungsarbeit befassen: Wieviel Natur wollen und brauchen wir? Ein Großprojekt, das Augsburg in naher Zukunft beschäftigen und in dem diese Frage Thema sein wird, ist Licca liber!

Umweltbildung und Bildung für Nachhaltige Entwicklung in Augsburg

Wenn der Wandel zu einer nachhaltigen Gesellschaft auf globaler Ebene gelingen soll, muss Nachhaltigkeit lokal verankert und



vor Ort mit Leben gefüllt werden. Umweltbildung und Bildung für Nachhaltige Entwicklung spielen dabei eine wichtige Rolle.

Umweltschutz, Insektensterben, oder Landverbrauch

Der Verlust an Biodiversität, die Klimaproblematik, die Meeresverschmutzung, die Begrenztheit wichtiger Ressourcen, aber auch Bürgerkriege und Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten – all dies sind weltweite Herausforderungen, denen sich die jetzigen und zukünftigen Generationen stellen müssen.

Bei der Umweltbildung und der Bildung für Nachhaltige Entwicklung steht es darum, uns Alle, ob Seniorinnen und Senioren, Erwachsene, Kinder und Jugendliche zu befähigen, wie eine sozial gerechte, wirtschaftlich erfolgreiche und ökologisch verträgliche gesellschaftliche Entwicklung so gestaltet werden kann, dass alle Menschen – sowohl gegenwärtig als auch zukünftig lebende Generationen – ein gutes Leben führen können.

Aus dieser Frage heraus hat die Umweltbildung der Stadt Augsburg dann den klaren Auftrag, uns angesichts der komplexen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu zukunftsfähigem Denken und Handeln zu befähigen.

Umweltbildung und Bildung für Nachhaltige Entwicklung hat in Augsburg bereits eine lange Tradition. Vielerorts im Unterricht, in Projekten der Umweltbildungsstation, des Landschaftspflegeverbandes oder in vielen weiteren Kooperationen mit außerschulischen Partner*innen verankert. Auch in unserer Lokalen Agenda 21 und in den Augsburger Zukunftsleitlinien ist Umweltbildung fester Bestandteil.

Umweltbildungszentrum als zentraler Lernort für Nachhaltigkeit

Die Rolle des künftigen Umweltbildungszentrums (UBZ) wird die eines zentralen Lernorts für Nachhaltigkeit sein. Als Kristallisationspunkt für Umweltbildung und Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) setzt Augsburg – als bayerisches Umweltkompetenzzentrum und 2013 als nachhaltigste Großstadt Deutschlands ausgezeichnet – auf ein Umweltbildungszentrum als „Lernort für Nachhaltigkeit“.

Zum Beispiel wird das UBZ eine Plattform sein zur Vernetzung unterschiedlicher Akteur*innen, die an der Diskussion über nachhaltige Entwicklung in Augsburg teilhaben wollen. Sei es als Ort für Veranstaltungen und Diskussionen, aber auch als Initiator, Treiber oder als Impulsgeber und Umsetzer. Das UBZ ist somit Ort aber auch aktive Gestalterin einer zukunftsfähigen Augsburger Stadtgesellschaft.

Das UBZ wird die Möglichkeit bieten, die Veranstaltungsangebote der Umweltstation als auch der Projektpartner quantitativ und qualitativ auszubauen. Ich bin mir sicher, das UBZ wird ein positiver Standortfaktor sein, weil es langfristig den Grundstein legt für eine mit dem Werte- und Gesellschaftswandel positiv umgehende Augsburger Stadtbevölkerung, von deren Innovationskraft Natur- und Umweltschutz, Wirtschaft, Kultur und Soziales profitieren.



Drei wesentliche Ziele

Das UBZ trägt somit auch dazu bei, dass wir in Augsburg den Nationalen Aktionsplan (NAP) Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) umsetzen. Im Gesamtumweltbildungskonzept sind ebenso wie im Nationalen Aktionsplan drei wesentliche Ziele festgelegt:

1 Umweltbildung und BNE sichtbar machen.

- a Bewährte Strukturen beibehalten und fortsetzen.
- b Öffentlichkeitsarbeit und Informationsverbreitung stärken
- c. Würdigung erfolgreicher Projekte

2 Vernetzen und Qualifizieren

- a Neue Treiber als Impulsgeber und Umsetzer finden und einbinden
- b Angebote zur Fort- und Weiterbildung schaffen,
- c. Einen Ort der Vernetzung und des Diskurses anbieten

3 Fördern und Vermehren

- a Verstetigung und Ausbau der Förderung der Umweltstation Augsburg und des UBZ als Kristallisationspunkt von BNE in Augsburg
- b Akteure, Organisationen und Lernorte (schulische und außerschulische) unterstützen

Das Umweltbildungszentrum ist der genau für diesen Auftrag geschaffene Ort. Es ist aber nicht nur ein Gebäude mit geringem ökologischen Fußabdruck. Es wird auch ein Akteur werden, an dem Wissen, Ideen und Projekte gebündelt und dann vermittelt werden können. Das UBZ wird ganz bewusst an der Schnittstelle zwischen Stadt und Natur situiert. Die Veranstaltungen werden so organisiert, dass sie umweltfreundlich erreicht und besucht werden können.

Bildungsföderalismus - Jetzt mehr Kooperation wagen! – von Claudia Roth



Der Bund hat nun die Möglichkeit Finanzhilfen für die Digitalisierung zu geben

Es ist geschafft! Die Grundgesetzänderung im Bildungsbereich hat im Bundesrat erfolgreich die letzte Hürde genommen. Nach schwierigen Verhandlungen hatten sich Bund und Länder im Vermittlungsausschuss auf eine Grundgesetzänderung in den Bereichen Bildung, sozialer Wohnungsbau und Regionalverkehr geeinigt. Der Bund erhält damit mehr Möglichkeiten, Länder und Kommunen mit Finanzhilfen zu unterstützen.

Nun kann endlich auch der Digitalpakt starten. Auf die Digitalisierung

im Klassenzimmer haben Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte schon viel zu lange warten müssen. Aber auch für die zukünftige Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Bildungsbereich steht die Tür ein Stück weiter offen.

Gemeinsam für bessere Bildung

Wir Grüne im Bundestag haben uns von Anfang an für eine grundlegende Reform des Bildungsföderalismus eingesetzt und diese Position gemeinsam mit der FDP im Antrag „Bessere Bildung durch einen modernen Bildungsföderalismus“ in den Bundestag eingebracht. Denn wir waren und sind überzeugt: Gerechte Bildungschancen dürfen nicht vom Wohnort oder Elternhaus abhängen.

Dabei ging es uns niemals um Zentralismus in der Schulpolitik, sondern immer um die Möglichkeit, dass Bund und Länder für mehr Bildungsgerechtigkeit zusammenarbeiten

können. Der ganz große Wurf für eine solche weitreichende Ermöglichungsverfassung für gute Bildung war mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und einigen Ländern leider nicht zu machen.

Das Ergebnis des Vermittlungsausschusses ist ein Kompromiss im klassischen Sinn. Alle Seiten haben ihre Verantwortung ernst genommen und sind aufeinander zugegangen. Das wichtige Signal von Bund und Ländern: Eine Verbesserung der Bildungschancen in Deutschland darf nicht am föderalen Zuständigkeitsgerangel scheitern. Der Kompromiss bedeutet zwar noch kein Ende des Kooperationsverbots in der Bildung, aber die Tür für mehr gemeinsame Finanzierungsverantwortung steht ein Stück weiter offen.

Erfreulicherweise konnten wir die Länder davon überzeugen, dass es für die Bildungsgerechtigkeit in Deutschland gut ist, wenn die Mittel des Bundes nicht nur auf Investitionen in Beton und Hardware beschränkt sind, sondern auch in die Förderung von Schülerinnen und Schüler gesteckt werden. Mit der neuen Regelung kann das Geld des Bundes – wenn auch zeitlich befristet – endlich auch in Köpfe investiert werden.

Diese neue Chance wollten wir eigentlich direkt für den Digitalpakt nutzen, damit Lehrerinnen und Lehrer bei der Betreuung und Wartung von WLAN und Tablets von Netzwerkadministrator*innen und IT-Fachkräften unterstützt werden können. Leider war das mit der Bundesbildungsministerin Karliczek und

einigen Kultusministerinnen und -ministern nicht zu machen. Sie müssen jetzt zeigen, dass sie die Schulung von Lehrkräften und die Verwaltung der Technik auch alleine stemmen können, damit Tablets und Whiteboards nicht ungenutzt in der Ecke verstauen.

Das Signal: Bildungschancen scheitern nicht an Föderalismus- debatten



Neuen Spielraum im Grundgesetz nutzen

Weil das Grundgesetz Grundsätzliches regelt, gilt der neue Spielraum natürlich auch für alle zukünftigen Bildungsprogramme. Wenn Bund und Länder zum Beispiel Ganztagschulen fördern, können jetzt auch Schulentwicklung oder Schulsozialarbeit mitgedacht werden. Das ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem modernen Bildungs-

Digitalpakt nicht ohne Personal

schule bringen wenig, wenn niemand das Whiteboard bedienen kann und der Unterricht von gestern ist.

Der neue Spielraum muss jetzt auch mit Leben gefüllt werden. Ob dazu der politische Wille besteht, kann und muss die Bundesregierung bei der Förderung von Ganztags- und Brennpunktschulen zeigen. Statt sich auf wissenschaftliche Begleitung zu beschränken, darf der Bund nun auch vor Ort mit anpacken. Nach der vorsichtigen Öffnung der Verfassung kann sich die Bundesregierung nicht mehr so einfach hinter dem Kooperationsverbot verstecken.

Mehr Feminismus in der Digitalisierung

Egal ob IT-Sicherheit, Software-Entwicklung oder künstliche Intelligenz – die Digitalisierung braucht in allen Bereichen deutlich mehr Frauen in den Hörsälen, Forschungszentren und IT-Unternehmen. Denn eine wie derzeit in Deutschland männlich dominierte IT-Branche wird weder den Anforderungen einer geschlechtergerechten Digitalisierung oder zeitgemäßer wirtschaftlicher Entwicklungen noch einer Zukunftsbranche gerecht. Um das zu ändern, hat die grüne Bundestagsfraktion zum Fachgespräch „Besser mit Frauen. Wir gestalten Digitalisierung“ eingeladen.

Seit 2008 hat sich der Anteil von Frauen in der Digitalbranche kaum verändert. Weniger als ein Drittel weibliche Angestellte und ein Frauenanteil von nur rund elf Prozent bei Gründungen und Selbstständigen sind

viel zu wenig. Der seit Jahren viel zu geringe Frauenanteil im IT-Bereich an Schulen, in der Ausbildung, an Universitäten und am Arbeitsmarkt ist ein riesiges Problem. Die Branche sucht auch deshalb händeringend nach Fachkräften, weil die Potenziale der Frauen nicht genutzt werden. Gleichzeitig wird die Gesellschaft bei der Entwicklung und Gestaltung der digitalen Zukunft um den wichtigen Input der Frauen und eine geschlechtergerechte Ausgestaltung gebracht.

Strukturelle Hindernisse

Welche Probleme und Diskriminierungen dadurch entstehen können, konnte man jüngst bei Amazon beobachten. Dort wurde eine Software entwickelt, die mittels künstlicher Intelligenz ein Ranking der eingegangenen Bewerbungen erstellen sollte. Dabei kam heraus, dass der Algorithmus Frauen systematisch benachteiligte, weil das System mit den Daten der bisherigen Personalentscheidungen trainiert wurde. Da das Unternehmen bisher fast nur Männer einstellte, übernahm das Programm dieses diskriminierende Auswahlkriterium.

Dabei ist die Technologienentwicklung nichts, was einfach geschieht – vielmehr ist sie von Menschen gemacht und entsprechend veränderbar. Die Technologie muss in ihrer Entwicklung von Anfang an divers und geschlechtergerecht sein, sie muss die Vielfältigkeit, die unterschiedlichen Perspektiven und Bedürfnisse dieser Welt widerspiegeln, denn sie entscheidet über die Zukunft, in der wir leben wollen. Als Gestalterinnen sind

Frauen hier entscheidend – als Informatikerinnen, als Impulsgeberinnen, als Programmiererinnen,

als feministische Vordenkerinnen oder als Anwenderinnen. Und das von Anfang an.

Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Fachgesprächs waren sich einig: Ob Berufsausbildung oder Studium – am besten gewinnt man Frauen und Mädchen dafür, wenn man sie schon in jungen Jahren anspricht. Darum gehört Informatik schon früh in die Lehrpläne der Schulen und muss diskriminierungsfrei unterrichtet werden. Außerdem brauchen wir viel mehr weibliche Vorbilder für junge Mädchen und Frauen und viele feministische Vorreiter*innen im Tech-Bereich.

Technologie muss geschlechtergerecht sein

Das Paritätsgesetz - für eine Gleichberechtigung im Parlament

– von Stephanie Schuhknecht



Dieses Jahr haben wir 100 Jahre Wahlrecht für Frauen in Deutschland gefeiert. Doch auch nach vielen Jahren feministischer Forderungen und auch einigen ansehnlichen Erfolgen sind wir von einer echten Gleichberechtigung noch meilenweit entfernt.

Frauen verdienen noch immer weniger als ihre männlichen Kollegen, noch immer müssen Frauen in einigen Bereichen darum kämpfen, als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft anerkannt zu werden und es ist

immer noch deutlich schwieriger, mit wichtigen Anliegen Gehör zu finden.

Auch die Politik wird nach wie vor eindeutig von Männern dominiert. Das

zeigt sich auch in unseren Parlamenten: Der bayerische Landtag hat einen Frauenanteil von lediglich 26,8 %, im Bundestag sieht es mit rund 30% nicht viel besser aus, von der Kommunalpolitik noch gar nicht zu sprechen. Als Frau bin ich im Landtag also immer noch deutlich in der Minderheit.

Als feministische Partei ist unser Ziel ganz klar, dies zu ändern. Wir wollen echte Gleichberechtigung – im Alltag, aber auch in der Politik. Eine unserer Forderungen als GRÜNE Landtagsfraktion ist daher das Paritäts-Gesetz, das garantiert, dass die Hälfte der Abgeordneten weiblich ist.

Die Hälfte der Macht gehört den Frauen

Möglich würde dies über eine Änderung des

Gesetzes zur Landtagswahl: Das Paritätsgesetz sieht vor, dass die Wahlkreise so reformiert werden, dass in jedem Wahlkreis, sogenannte Duostimmkreise, zwei Direktmandate gewählt werden – also pro Partei jeweils ein Mann und eine Frau zur Wahl stehen. Diese ersetzen den bislang kleineren Wahlkreis mit jeweils nur einem Direktmandat. Auch die Listen wären quotiert zu besetzen. Die Wählerinnen und Wähler hätten dann zwei Stimmen für Direktkandidat*innen und eine Stimme für eine*n Listenkandidat*in. Auf diese Art und Weise kämen wir endlich auch im politischen Umfeld – zumindest auf der Landesebene – an unser Ziel: die Hälfte der (politischen) Macht für Frauen.

Für uns GRÜNE würde sich damit in Hinblick auf unsere Parteistruktur nicht sehr viel ändern. Durch das Frauenstatut ist bereits klar geregelt, dass Ämter und Wahllisten bei uns quotiert besetzt werden müssen. Wenngleich das bisherige bayerische Landtagswahlsystem auch bei uns vor allem durch die Direktmandate dazu führt, dass letztlich dennoch mehr Männer in den Landtag einziehen konnten, ist unser Frauenanteil mit 47% bereits nahe am Ziel. Bei anderen Parteien sieht dies anders aus. Insbesondere die Fraktion der AfD und der FDP sind mit einem Frauenanteil unter 5% extrem stark von Männern dominiert.

Allein wäre Bayern mit einem derartigen Gesetz nicht: Im Januar 2019 wurde im brandenburgischen Landtag ein Paritätsgesetz verabschiedet, in anderen Ländern wie Belgien oder Frankreich gibt es seit mehreren Jahren entsprechende Regulierungen.

Gleichberechtigung erst in 202 Jahren?

Doch leider wurde unser GRÜNER Gesetzesentwurf, den wir eingebracht haben, abgelehnt. Geschlagen geben wir uns aber nicht. Jetzt heißt es erst recht für mehr Gleichberechtigung zu kämpfen. Dafür

braucht es auch mehr Verständnis dafür, warum wir, trotz formaler Gleichberechtigung, ein derartiges Gesetz überhaupt brauchen.

Als Grund für die Ablehnung eines Paritätsgesetzes wird immer wieder angeführt, dass ein derartiges Gesetz den Grundsatz der Gleichheit aller Staatsbürger*innen verletzt würde, da das Gesetz nicht allen die gleichen Chancen einräume.

Diese Kritik übersieht aber, dass in unserer Gesellschaft eben bislang nicht alle gleich sind – und sanftere Maßnahmen wie mehr Geld für Frauenförderung und Freiwilligkeit alleine nicht ausreichen. Betrachtet man beispielsweise das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen als einen Bereich der gut messbaren Ungleichheit, so würde mit den aktuellen Maßnahmen eine Gleichberechtigung erst in 202 Jahren erreicht.

Jahrhundertlang gewachsene Strukturen von Unterdrückung und Ungleichheit können eben nicht nebenbei ohne mutige Schritte überwunden werden. Es ist eben kein Zufall, dass Frauen immer noch schlechter bezahlt werden, häufiger Opfer von Diskriminierung sind oder aber seltener in die Politik gehen und hierbei noch dazu seltener Mandate erringen. Eine rein formale Gleichstellung vor dem Gesetz ist, wie auch die aktuelle Struktur im Parlament bestens aufzeigt, daher nicht genug. Unsere Forderung nach echter Gleichberechtigung, kann nur erreicht werden, wenn konsequent Maßnahmen ergriffen werden, um die immer noch stark männerdominierten Strukturen zu ändern.

Parteipolitik muss frauenfreundlicher werden

Das Paritätsgesetz ist insbesondere deswegen eine wichtige Maßnahme, weil eine vorgeschriebene und klar geregelte Veränderung in der Zusammensetzung des Parlaments die politische Landschaft insgesamt weiblicher machen würde.

Bislang sind nicht nur in Parlamenten Frauen eher Randerscheinungen, sondern auch im Hinblick auf das Engagement in der Politik im Allgemeinen. Selbst wir GRÜNE kommen – als Partei mit dem besten Wert – nur auf einen Anteil von 39%, wenn man die Mitglieder betrachtet. Dafür gibt es eine Vielzahl von Gründen: Die Vielzahl an (Abend)Terminen, die für Frauen, die immer noch den Großteil der Care-Arbeit leisten, nicht besucht werden können. Aber auch das dominante Redeverhalten von Männern, das

immer noch weitgehend akzeptiert wird und fehlende weibliche Vorbilder spielen eine Rolle. Wenn wir nicht auch an diesen Ursachen arbeiten, werden Frauen weiterhin alleine dadurch weniger Chancen zur Beteiligung bekommen. Ohne grundlegende Veränderungen der Art und Weise wie in Parteien gearbeitet wird, wird sich von alleine auch in Zukunft wenig ändern.



Das Paritätsgesetz würde alle Parteien gleichermaßen dazu zwingen, diese Probleme anzugehen. Denn nur, wenn die Parteien echte Frauenförderung betreiben, können sie garantieren, dass für eine Wahl überhaupt genug Frauen zur Verfügung stehen. Dies würde für Parteien, unabhängig davon, ob sie sich zu feministischen Zielen bekennen oder nicht, in der Konsequenz bedeuten, dass sie deutlich frauenfreundlicher werden müssen. Die Wahrnehmung von Politik als „Männerveranstaltung“ wäre damit hinfällig.

Gemeinsam für mehr Gleichberechtigung

Gleichzeitig gilt auch, dass auch ein Paritätsgesetz allein nicht der einzige entscheidende Faktor ist, um Gleichberechtigung zu erreichen

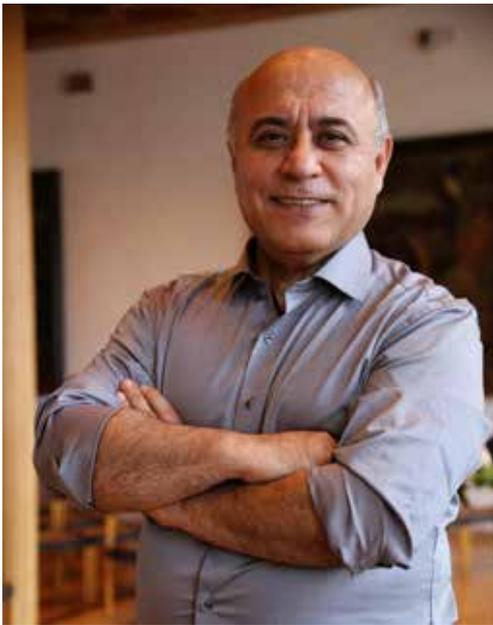
– weder in den Parlamenten noch in anderen politischen Betätigungsfeldern. Vielmehr ist es nur ein kleiner Baustein neben vielen weiteren, der zu mehr Gleichberechtigung führen kann.

Gerade in der Politik müssen sich auch Rahmenbedingungen ändern und Raum für Frauenvernetzung geschaffen werden. Insbesondere letzteres spielt eine zentrale Rolle, denn nur wenn wir gemeinsam für unsere Ziele eintreten, können wir die bestehenden Strukturen tatsächlich verändern und auch andere Frauen ermutigen, sich für ihre Rechte einzusetzen.

Sanftere Maßnahmen wie mehr Geld reichen nicht aus

Gesellschaftlicher Spaltung vorbeugen

– von Cemal Bozoğlu



Unser Augsburg ist eine Stadt der Vielfalt. Knapp 45% der Augsburger Bürger*innen haben einen Migrationshintergrund. Unterschiedlichste ethnische, kulturelle und religiöse Hintergründe treffen in der Friedensstadt aufeinander. Das Zusammenleben gestaltet sich dabei oft recht gelungen.

Einige Vereine und auch städtische Initiativen konzentrieren sich schon jetzt darauf, Menschen mit verschiedenen Herkünften zusammen zu bringen und einen Austausch zu ermöglichen. Auch in unseren Schulen ist Vielfalt deutlich sichtbar. So haben zum Beispiel an einigen Schulen im Stadtteil Oberhausen bis zu 80 % der Schüler*innen eine Migrationsgeschichte.

Interkulturelle Bildung für eine friedliche Gesellschaft

Die Lehrpläne müssen interkulturell angepasst werden

Eben diese Vielfalt ist allerdings einigen Gruppen ein Dorn im Auge und so sind die letzten Jahre leider auch geprägt von gesellschaftlicher Polarisierung. Rechtspopulisten versuchen die Gesellschaft zu spalten. Den Themen Migration bzw. Asyl haben sie dabei als Zugpferd für eine grundsätzlich rückwärtsgewandte Ideologie entdeckt. Die stärkere Verankerung

der Interkulturellen Bildung in unseren Lehrplänen ist deshalb ein geeignetes Mittel, um solchen spalterischen Bestrebungen den Nährboden zu entziehen und ein gelungenes Miteinander abzusichern. Eine aktive Erinnerungs- und Gedenkarbeit im Schulalltag zu verankern, spielt dabei eine wichtige Rolle.

Vielfalt sichtbar machen

Wir GRÜNEN haben eine chancenorientierte Perspektive auf die Vielfalt in unserer Stadtgesellschaft; erachten sie als Mehrwert für unsere Schulen. Die diversen Identitäten sollten nicht nur wahrgenommen werden, sondern auch zu Wort kommen. Empathie wird größer, wenn Hintergründe von Mitschüler*innen gekannt und geschätzt werden. Verständnis entsteht, wo Neugier ausgelebt werden kann. Wir sind nicht etwa gleichberechtigt, weil wir Differenzen ausblenden – Wir sind gleichberechtigt mit unserer Diversität! In einem abstrakteren Kontext gesprochen, kann festgestellt werden: "Deutschsein mit Migrationshintergrund" ist genau so normal wie "Deutschsein ohne Migrationshintergrund".

Bayerische Bildungspolitik gefordert

Bayerische Bildungspolitik ist gefordert Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) kritisierte im März 2019, dass politische Bildung besonders an bayerischen Schulen jahrelang vernachlässigt wurde. Nur 0,5 % des Unterrichts an Gymnasien im Freistaat werden dieser gewidmet. Das ist ein Wert, mit welchem wir im Bundesdurchschnitt deutlich abgeschlagen sind. Uns muss klar sein, dass die „Erziehung zur Demokratie“ kein Selbstläufer ist.

Interaktiv von Schüler*in zu Schüler*in

Sie muss als wesentlicher Baustein in allen Schulformen verankert sein.

Der Interkulturellen Bildung attestiert die GEW ebenfalls, in den Lehrplänen auf der Strecke geblieben zu sein. Das ist besonders fatal! Es ist gerade heute immens wichtig, Schüler*innen die Vielfalt in ihrer Umgebung bewusst zu machen und sie mit Kompetenzen im Bereich der Interkulturalität auszustatten.

Austausch auf Augenhöhe

Im Sinne der Augenhöhe werden interkulturelle Kenntnisse im Idealfall interaktiv auch von Schüler*innen an Schüler*innen vermittelt. Interkulturelle Bildung ist dabei nicht nur als Erziehungsstil zu formulieren, ihr ist in den Lehrplänen deutlich mehr Platz einzuräumen.

Das ist Aufgabe der Landespolitik. Die aktuellen Vorgaben des Landes bleiben dazu viel zu vage. Die Vermittlung von interkultureller Bildung kann selbstredend nur funktionieren, wenn die Lehrer*innen entsprechen-

gesellschaftlich-integrativ zu sein. Deshalb haben wir uns im Bayerischen Landtag nicht nur für eine Weiterführung in der bisherigen Form als Modellprojekt, sondern für die Umwandlung hin zu einem ordentlichen Lehrfach eingesetzt. Unser diesbezüglicher Antrag ist an den Stimmen der Regierungsparteien gescheitert, wohingegen die AfD sogar dafür plädiert hat, den Islamunterricht gänzlich zu verbieten.

Derzeit besuchen fast 16.000 junge Muslim*innen diesen Unterricht. Der Unterricht wird auf Grundlage von in Deutschland entwickelten Lehrplänen und von muslimischen Lehrer*innen in deutscher Sprache durchgeführt. Für die muslimischen Schüler*innen ist das ein wichtiges Zeichen

dafür, zusammen mit ihrer Religion Teil des Schullebens sein zu können und keine Ausgrenzung zu erfahren. Sicherlich stellt der Ethikunterricht, dies darf an dieser Stelle nicht unerwähnt gelassen werden, eine sehr interessante Alternative dar, um allen Schüler*innen gemeinschaftlich Werte wie Weltoffenheit, Demokratie oder Kritisches Hinterfragen zu vermitteln. Allerdings ist es im Sinne der Gleichberechtigung wesentlich, dass es auch einen Islamunterricht geben sollte, solange es katholischen, evangelischen, jüdischen oder alevitischen Religionsunterricht an unseren Schulen gibt.

Junge Menschen hingegen über die "Nachbarreligionen" aufzuklären und interreligiöse Brücken zu bauen, bleibt aber natürlich ebenfalls wichtige Bildungsaufgabe.

Interkulturalität stärkt eigene Persönlichkeit

An einigen Schulen gibt es bis zu 80% Kinder mit Migrationsgeschichte

des Fachwissen zu sozialer und kultureller Heterogenität bereits in ihrer eigenen Ausbildung vermittelt bekommen haben.

Eine Stadt, in der fast die Hälfte der Bevölkerung einen Migrationshintergrund hat, braucht Lehrer*innen, die entsprechend geschult sind, diese gesellschaftliche Vielfalt erkennen, sie als Möglichkeit begreifen und den Nachwuchs auf eine sich immer weiter globalisierende Welt geeignet vorbereiten. Auf die Schüler*innen hat die Verankerung von interkulturellen Elementen auch den positiven Effekt, dass ihre eigene Persönlichkeit dabei gestärkt wird.

Islamischer Religionsunterricht in den Schulen?

Dem islamischen Religionsunterricht in Bayern bescheinigen wir GRÜNE unter dieser Perspektive persönlichkeitsbildend und

Kreativität erlernen - Kulturelle Bildung

– von Verena von Mutius und Michael Hegele

Eine Kultureinrichtung ohne Kulturelle Bildung ist nicht mehr auf der Höhe der Zeit. Doch was meint Kulturelle Bildung überhaupt? Kulturelle Bildung meint Kulturelle Teilhabe, also die Möglichkeit des Mitwirkens am kulturellen Geschehen unserer Gesellschaft und ist somit ein grundlegender Teil der allgemeinen Bildung. Genau deshalb sind der Ausbau und die Weiterentwicklung von kulturellen Bildungsmaßnahmen für uns GRÜNE so wichtig.

Lange Zeit hat sich die kulturelle Bildung auf Kinder und Jugendliche beschränkt. In den letzten Jahren hat sich die Zielgruppe auch auf Erwachsene ausgeweitet. Die meisten Kultureinrichtungen reagieren somit darauf, dass sich die Gesellschaft verändert und das Publikum nicht mehr "automatisch" den Weg in die Einrichtungen findet. Unter dem Stichwort „Öffnungsprozesse“ wollen Museen, Theater u.a. verlorene Besucher*innen wieder zurückgewinnen und zugleich neue Milieus erreichen.

Augsburg hat sich im Bereich kultureller Bildung bereits seit einiger Zeit auf den Weg gemacht. Es gab und gibt zahlreiche Initiativen und Aktivitäten verschiedenster Akteur*innen. Zu nennen sind hier Beispiele wie der Palette, des Jungen Theaters und der städtischen Musikschule, zudem Orte wie das Kinder- und Jugendkulturzentrum Abraxas, das Theaterpädagogische Zentrum sowie Tür an Tür, Grandhotel Cosmopolis, Cafe Neruda oder das Modular Festival. Auch die Stadt unterstützt kulturelle Bildung. Beispielhaft zu nennen sind der Kulturkiesel, MEHR MUSIK, der schuleplus-Etat, die theaterpädagogische Arbeit des Stadttheaters, die museumspädagogischen Tätigkeiten der städtischen und staatlichen Museen. Dieser Weg muss fortgesetzt und weiterentwickelt werden. Zum Beispiel ist aus unserer Sicht das Platzhaltergebäude auf dem Reese-Areal zur langfristigen Etablierung des Kinder- und Jugendkulturzentrum Abraxas dringend notwendig, damit nach dem Wegfall des Kulturpark West auch weiterhin Workshopräume

vorhanden sind.

Das Museumsentwicklungskonzept, welches zur Zeit erarbeitet wird, macht deutlich, dass die Augsburger Kunstsammlungen hinsichtlich der kulturellen Bildung noch Luft nach oben haben und sieht eine entsprechend bessere Ausstattung vor. Auch wenn dort schon museumspädagogische Tätigkeiten stattfinden, braucht es ein Audience Development, welches auf die Menschen zugeht und sie in die Museen lockt.

Die Aufgabfelder gehen heute in einem Museum über Sammlungs- und Ausstellungsthemen hinaus. Die Grundlegende Frage lautet nun:

wie organisieren wir die Kulturarbeit in einer Vielfältigen Gesellschaft? Wie ermöglichen wir Zugang und Teilhabe konkret? Mit gutem Beispiel geht hier das staatliche Textilmuseum in Kooperation mit dem Büro für Migration, Interkultur und Vielfalt voran. Mit der Ausstellung „Augsburg 2040 – Utopien einer vielfältigen Stadtgesellschaft“ wurde deutlich gemacht, wie partizipatives Arbeiten die Kultureinrichtungen bereichern kann. Über 200 Menschen aus der Stadtgesellschaft haben auf Augenhöhe mit den Museumsmitarbeiter*innen eine Vision für Augsburg 2040 entwickelt und gemeinsam eine Ausstellung konzipiert.

Im nächsten Stadtgrün werden wir einen Fokus auf Kultur legen. Denn die Aufgaben, welche der Gesellschaftliche Wandel mit sich bringt, müssen auch von den Kultureinrichtungen angepackt und vorangetrieben werden. Denn Kultur ist die verbindende Kraft unserer Stadtgesellschaft und muss das auch bleiben.

Augsburg 2040 - Das TIM geht mit gutem Beispiel voran

IMPRESSUM

Infobrief der Stadtratsfraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Augsburg
Rathausplatz 2, 86150 Augsburg
Tel: 0821/324-4369
stadtratsfraktion@gruene-augsburg.de

Redaktion: Michael Hegele und Silvia Daßler
(Fraktionsgeschäftsführung), Martina Wild
Fotos S. 1 Alex Meyer, S.2, 10 Mercan Mutluay, restliche
Fotos Pixabay, lizenzfrei
V.i.S.d.P.: Martina Wild, Fraktionsvorsitzende
Produktion: SENSER-DRUCK GmbH, Augsburg



TERMINE

WEM GEHÖRT DAS DACH? - PODIUMSDISKUSSION

10. Juli 2019
19:00 Uhr

Provino Live Club

MUSEUMSFÜHRUNG AUGSBURG 2040

21. Juni 2019
16:30 Uhr

Textilmuseum



Klimaneutral gedruckt
mit Bio-Farben, Öko-Strom und
chemiereduziert auf
100 % Recyclingpapier.